

## TAGUNGSBERICHT

# Heidelberger Dialog zur Internationalen Sicherheit 2009

## „Schwache Staatlichkeit als globale Herausforderung“

24. Oktober 2009

<b><u>1</u></b>	<b><u>EINFÜHRUNGSVERANSTALTUNG</u></b>	<b><u>2</u></b>
<b><u>2</u></b>	<b><u>WORKSHOPS</u></b>	<b><u>3</u></b>
<b>2.1</b>	<b>POLITISCHE KONFLIKTE</b>	<b>3</b>
2.1.1	"WENN STAATEN SCHEITERN - DIE PRIVATISIERUNG VON GEWALT UND POLITISCHE KONFLIKTE"	3
2.1.2	"FRIEDENSICHERUNG IN SCHWACHEN STAATEN"	4
<b>2.2</b>	<b>VÖLKERRECHT</b>	<b>5</b>
2.2.1	"SCHWACHE STAATLICHKEIT ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DAS VÖLKERRECHT"	5
2.2.2	"RECHTLICHE ANTWORTEN AUF SCHWACHE STAATLICHKEIT"	6
<b>2.3</b>	<b>AUßENPOLITIK</b>	<b>7</b>
2.3.1	"SCHWACHE STAATLICHKEIT ALS AUßENPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE STARKEN STAATEN EUROPAS"	7
2.3.2	„HILFE ODER SELBSTHILFE? DIE REAKTION DER STARKEN STAATEN EUROPAS AUF DIE FOLGEN SCHWACHER STAATLICHKEIT“	8
<b><u>3</u></b>	<b><u>PODIUMSDISKUSSION</u></b>	<b><u>9</u></b>

## **1 Einführungsveranstaltung**

Die Einführungsveranstaltung unter dem Titel „Das Phänomen schwacher Staatlichkeit“ war als Vorlesung für alle Tagungsteilnehmer den Workshops der drei Themensäulen „Politische Konflikte“, „Völkerrecht“ und „Außenpolitik“ zeitlich und inhaltlich vorgelagert. Ziel der Veranstaltung war es, bei den Tagungsteilnehmern und -teilnehmerinnen ein gemeinsames Wissensniveau hinsichtlich der Fragen, Konzepte und Probleme schwacher Staatlichkeit zu gewährleisten und bereits vorhandenes Wissen wieder präsent zu machen, um ein gleich bleibendes und angemessenes Diskussionsniveau der anschließenden Workshops zu erreichen. Die einstündige Einführungsveranstaltung wurde von Janet Kursawe, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg und Christoph Trinn, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, durchgeführt.

Herr Trinn erläuterte zunächst den Grundbegriff der schwachen Staatlichkeit und nahm anschließend Bezug auf die Großthemen der Tagung (Politische Konflikte, Völkerrecht, Außenpolitik), indem er die fundamentalen Diskussionen in den Teilbereichen anschaulich nachzeichnete (unter anderem waren dies Neue Kriege / Kleine Kriege, „Responsibility to Protect“ und Souveränität). Im Anschluss hat Frau Kursawe die skizzierten Begriffs- und Problemdiskussionen am Fall Afghanistan empirisch illustriert. Zu diesem Zweck gab sie zunächst einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Landes und lenkte den Blick der Teilnehmer anschließend vor allem auf die verschiedenen Konfliktlinien inner- und außerhalb Afghanistans, die militärischen Interventionen von Seiten des Westens sowie die Frage der Sicherheitssektorreform.

Ausgestattet mit diesem theoretischen und empirischen „Rüstzeug“ waren die Teilnehmer - in Ergänzung zum vorab von Organisatoren und Referenten gemeinsam erstellten und an alle Beteiligten versandten Reader mit den wichtigsten Texten zum Thema - nicht nur optimal auf die kommenden Workshops und Debatten vorbereitet. Die so bereits vorab angeregte, interdisziplinäre Diskussionsfreude der Teilnehmer auch über die Grenzen der Kleingruppen hinaus, wirkte sich maßgeblich auf die Qualität der Veranstaltung aus.

## 2 Workshops

### 2.1 Politische Konflikte

#### 2.1.1 "Wenn Staaten scheitern - Die Privatisierung von Gewalt und Politische Konflikte"

Der Workshop thematisierte das globale Geschehen politischer Konflikte aus einer empirischen wie theoretischen Perspektive und wurde von Herrn Professor Dr. Christopher Daase, Inhaber der Professur für Internationale Organisation an der Universität Frankfurt sowie Vorstandsmitglied und Leiter des Programmbereichs "Internationale Organisation, demokratischer Friede und die Herrschaft des Rechts" der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), geleitet. In einem Eingangsstatement verwies Herr Daase zunächst auf die hohe Bedeutung von Begrifflichkeiten im alltäglichen ebenso wie im wissenschaftlichen Diskurs und mahnte eine kritische Hinterfragung der gebräuchlichen Bezeichnungen für auftretende Gewaltformen an. Im Anschluss skizzierte er die empirische Entwicklung des globalen Konfliktgeschehens, verwies auf mögliche Typologisierungen und diskutierte die vorherrschenden theoretischen Erklärungsansätze.

Die sich anschließende Diskussion begann mit einer kritischen Betrachtung der dargestellten Theorieansätze und verwies in ihrem Fortgang anhand von Beispielen auf weitere mögliche Ursachen und Einflussfaktoren bezüglich des Ausbruchs und Verlaufs politischer Konflikte. So wurden unter anderem Ressourcenknappheit, die Möglichkeit der Selbstbereicherung in Räumen schwacher Staatlichkeit sowie politische Motivationen als Teil eines vielschichtigen Bündels möglicher Erklärungen diskutiert. Anschließend wurde auf mögliche Strategien eingegangen, wie dem Phänomen schwacher politischer Ordnung begegnet werden könnte, wobei insbesondere unterschiedliche Formen von Legitimation im Mittelpunkt der Diskussion standen. Insgesamt spannte der Workshop somit einen Bogen zwischen der theoretischen und empirischen Auseinandersetzung mit den Ursachen politischer Konflikte einerseits und der Diskussion unterschiedlicher Möglichkeiten von Ordnungsbildung andererseits und wahrte dabei das Gleichgewicht zwischen der kritischen Reflexion politikwissenschaftlicher Theorien und der Diskussion konkreter Strategien anhand empirischer Beispiele.

### 2.1.2 "Friedenssicherung in schwachen Staaten"

Der Workshop „Friedenssicherung in schwachen Staaten“ befasste sich mit den möglichen Lösungswegen, die angesichts der Herausforderungen, welche sich durch das fragilitätsbedingte Auftreten politischer, vor allem innerstaatlicher Konflikte ergeben, entwickelt werden können. Der Workshop wurde von Tobias Pietz, M.A., Mitarbeiter der Einheit „Analyse“ des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin, geleitet.

Der Workshop wurde eingeleitet durch einen Kurzvortrag von Herrn Pietz, in dem er unter anderem auf die Rolle des ZIF in der Rekrutierung und Ausbildung des zivilen Personals für internationale Friedenseinsätze, auf die Analyse und Evaluation solcher Einsätze sowie auf das Konzept der „Local Ownership“ einging. Er zeigte sich dabei kritisch gegenüber dem Begriff der schwachen Staatlichkeit, der Assoziationen von dysfunktionalen und unreifen Bevölkerungen erwecke und zu quasi-kolonialistischen Zivilisierungsdiskursen führe. Eine Alternative zu einem „Social Engineering“ mit konkreten Vorgaben globaler Normen sei demgegenüber die Förderung militärisch abgesicherter lokaler Aushandlungsprozesse. Die Lösung lokaler Problemlagen lasse sich jedoch kaum generalisieren und auf andere Zusammenhänge übertragen.

Die anschließende Diskussion griff zum einen die von Herrn Pietz als gleichsam zweiseitig asymmetrisch bezeichnete Beziehung zwischen dem Einsatzpersonal und der lokalen Bevölkerung auf, also das Wissensungleichgewicht hinsichtlich demokratisch-rechtsstaatlicher und lokal gewachsener Strukturen und das Anstoßen von Lernprozessen sowohl vor Ort als auch bei den Interventuren. Ebenso wurden die Lernmöglichkeiten diskutiert, die sich aus dem Scheitern von Friedenseinsätzen ergeben können. Dabei wurde der schmale Grat deutlich, der zwischen Scheitern-Lassen und paternalistischer Intervention besteht. Herr Pietz zufolge ist, im Gegensatz zum Scheitern auf der Makroebene, das Scheitern auf der Mikroebene oftmals sogar positiv zu sehen.

Der Workshop knüpfte dank des Praxisbezugs und der Diskussion konkreter Probleme des „Peace-Building“ nahtlos aber dennoch kontrastreich an den vorangegangenen Workshop „Wenn Staaten scheitern – Die Privatisierung von Gewalt und Politische Konflikte“ und die dort diskutierten Felder „Begrifflichkeit der schwachen Staatlichkeit“ und „autochthone Ordnungsbildung“ an. Interdisziplinäre Querbezüge, vor allem in Bezug auf die Frage der „Responsibility to Protect“ ergaben sich aber auch zum Workshop „Schwache Staatlichkeit als Herausforderung für das Völkerrecht“.

## 2.2 *Völkerrecht*

### 2.2.1 "Schwache Staatlichkeit als Herausforderung für das Völkerrecht"

Der Workshop „Schwache Staatlichkeit als Herausforderung an das Völkerrecht“ fand unter der Leitung von Frau Dr. Theresa Reinold, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Exzellenzcluster "Die Herausbildung normativer Ordnungen" an der Universität Frankfurt, mit Studierenden der Philosophie, Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft und der Soziologie statt.

Bereits bei der Suche nach Definitionen für Begriffe wie „souveräner“ oder „schwacher“ Staat, mit der Frau Reinold den Workshop eröffnete, zeigte sich die unterschiedliche Herangehensweise der vertretenen Disziplinen: Stellen Juristen eher die Anerkennung des Staates durch andere Staaten in den Vordergrund, diskutieren Sozialwissenschaftler zusätzlich, inwieweit der Staat bestimmte Funktionen erfüllen muss, um als solcher bezeichnet zu werden. Durch die Diskrepanz der beiden Begriffe wurde deutlich wo die Lücke liegt, die das Konzept der „Responsibility to Protect“ (R2P) zu füllen versucht.

Das Kernargument hierbei lautet: Souveränität impliziert Verantwortung für den Schutz fundamentaler Menschenrechte. Ist ein Staat nicht willens oder in der Lage diese zu erfüllen, hat die internationale Gemeinschaft die subsidiäre Verantwortung zu handeln, wobei eine militärische Intervention von zusätzlichen Kriterien abhängig ist. Aus einem so normativ anspruchsvollen Konzept ergeben sich notwendigerweise Fragen, denen sich in der Diskussion gestellt wurde: Bestehen qualitative Unterschiede zwischen der Verantwortlichkeit der Nationalstaaten und der internationalen Gemeinschaft? Gibt es eine Pflicht der Staatengemeinschaft, massive Menschenrechtsverletzungen durch eine bewaffnete Intervention zu beenden? Kann diese Schutzpflicht im Falle einer Blockade des Sicherheitsrats auch unilateral ausgeübt werden? Diese drei exemplarischen Fragen machen deutlich, welche Tragweite und Konsequenzen dieses Konzept hat.

Aber nicht auf nur normativer oder wissenschaftlicher Ebene, sondern auch in der politischen Diskussion spielen diese eine Rolle. Diese wurde deutlich als die Teilnehmer in einem Rollenspiel die Positionen der unterschiedlichen Staaten im UN-Sicherheitsrat zum Konflikt in Darfur vertraten. Die Meinungen reichten dabei von radikaler Ablehnung einer Intervention, wie China oder Russland, bis hin zu Befürwortern einer solchen, wie den Philippinen oder den USA. Dabei wurde diejenige Ambivalenz des Konzepts der R2P deutlich, die empirisch

unter anderem im zweiten Workshop untersucht wurde: Die Färbung der Begriffsauslegung durch die Ziele der beteiligten Staaten.

### **2.2.2 "Rechtliche Antworten auf schwache Staatlichkeit"**

Der Workshop „Rechtliche Antworten auf schwache Staatlichkeit“ wurde von Martina Spornbauer geleitet, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Max Planck Institutes (MPI) für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg an der Organisation der afghanischen Richterausbildung beteiligt ist. Der Schwerpunkt dieses zweiten Teils lag dementsprechend auf dem Rechtsstaatsaufbau in Afghanistan.

Die von Frau Spornbauer eingangs thematisierte Kernfrage des Rechtsstaatsaufbaus ist, wie das Verhältnis zwischen staatlichen Rechtsnormen, die dem westlichen Rechtsverständnis entsprechen, und traditionellen Rechtsgewohnheiten gestaltet werden kann.

Während innerhalb der Richterausbildung staatliches Recht gelehrt wird, beziehen sich die Stammesältesten in ihrer Rechtsprechung auf das von der Schari'a beeinflusste Gewohnheitsrecht. Sollen jene traditionellen Rechtsmechanismen in das Rechtssystem integriert werden, auch wenn sie international verbürgte Menschenrechte verletzen? Die internationale Richterausbildung kann zwar einen Beitrag für den Aufbau leisten, doch kann sie nicht die Probleme bei der Rechtsdurchsetzung beheben, die schon bei der Betrachtung der Zahlen deutlich werden: Auf 32 Mio. Einwohner kommen in Afghanistan gerade einmal 1.800 Richter.

Auf nationaler Ebene könnte das Spannungsverhältnis zwischen internationalem Rechtsverständnis und Schari'a dadurch vermindert werden, dass die Verfassung als Ausdruck der westlichen Rechtstradition im Lichte der Schari'a ausgelegt werden soll. Gerade aber weil die Verfassung sich auch der Integration von der afghanischen Regierung unterzeichneter internationaler Verträge verpflichtet, entsteht ein verfassungsinternes Spannungsverhältnis zwischen Schari'a und Menschenrechten. Das Verhältnis von Verpflichtungen, die sich aus internationalen Verträgen ergeben (wie beispielsweise die Einhaltung von Menschenrechtsstandards) ist noch nicht abschließend ausdiskutiert.

Am Beispiel Afghanistan zeigte sich vor allem in der anschließenden Diskussion, auf welche Schwierigkeiten die „Responsibility to Rebuild“ trifft. Kann die internationale Gemeinschaft

dort einen funktionsfähigen Staat aufbauen, wo noch nie ein, westlichen Kriterien entsprechender, existiert hat? Im Workshop zeigten sich diese offenen Fragen deutlich, wurden doch verschiedene Antwortmöglichkeiten auf diese Herausforderungen diskutiert und gleichzeitig auch ein Verständnis für die Grenzen des internationalen Engagements in schwachen Staaten entwickelt. Damit gelang diesem zweiten Workshop nicht nur der Brückenschlag zum vorher diskutierten Konzept der „Responsibility to Protect“ und dessen Implikationen für das Handeln und Nicht-Handeln der Staatengemeinschaft, sondern auch die Vermittlung möglicher und existierender Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit des internationalen Engagements.

## **2.3 Außenpolitik**

### **2.3.1 "Schwache Staatlichkeit als außenpolitische Herausforderung für die starken Staaten Europas"**

Der Workshop „Schwache Staatlichkeit als außenpolitische Herausforderung für die starken Staaten Europas“ widmete sich unter der Leitung von Jan Techau, Programmleiter des Alfred von Oppenheim-Zentrums für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) der Frage, inwieweit das Phänomen der schwachen Staatlichkeit eine Herausforderung für die „starken“ Staaten Europas darstellt.

Herr Techau legte dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbindung zwischen theoretischem Wissen und dessen Umsetzung in realpolitische Entscheidungsoptionen. Dazu sollten die Teilnehmer in einem Rollenspiel die Position von Politikberatern einnehmen, welche dem neuen Kanzler (gespielt von Herrn Techau) die grundlegende Bedeutung des Themas schwacher Staatlichkeit für die deutsche Außenpolitik praxisgerecht darlegen. Hierbei ging es zunächst darum das Phänomen allgemein zu skizzieren, festzustellen, in welchen Bereichen deutsche Interessen berührt werden, und daraus konkrete Problemstellungen abzuleiten. In einem nächsten Schritt wurden die zur Verfügung stehenden Instrumente der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik definiert und mögliche Lösungsansätze auf der Basis unilateralen und multilateralen Vorgehens herausgearbeitet. Abschließend erarbeiteten die Teilnehmer konkrete Aussagen, welche der Bundesregierung als Anhaltspunkte für eine außenpolitische Strategie in Bezug auf das Phänomen schwacher Staatlichkeit dienen könnten.

Der Perspektivwechsel von rein akademischen und theoretische Denkansätzen hin zur umsetzungsorientierten Politikberatung ermöglichte den Teilnehmern, welche in überwiegender MaÙe Studierende und Absolventen des Faches Politische Wissenschaft waren, einen Einblick in ihre mögliche berufliche Zukunft und konnte dabei insbesondere die Herausforderungen eines Brückenschlags zwischen Wissenschaft und Praxis offen legen. Gerade weil die Diskussion vor allem auf die Genese außen- und sicherheitspolitischer Strategien und Handlungsempfehlungen ausgerichtet war, bot sie die ideale Grundlage für den folgenden Workshop, in dem die Implementierung eben dieser Strategien im Zentrum stand.

### **2.3.2 „Hilfe oder Selbsthilfe? Die Reaktion der starken Staaten Europas auf die Folgen schwacher Staatlichkeit“**

Um den im vorangegangenen Workshop aufgeworfenen Fragen eine empirische Grundlage zu bieten und diejenigen Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik zu evaluieren, die im Zusammenhang mit schwacher Staatlichkeit zum Einsatz kommen, referierte Oberst d.R. Michael Sauer, Vizepräsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr und ehemaliger ZDF-Sendeleiter, zum Thema „Hilfe oder Selbsthilfe? Die Reaktion der starken Staaten Europas auf die Folgen schwacher Staatlichkeit“ am Beispiel des Balkankonfliktes

Die Teilnehmer hatten sich mit Hilfe des Readers die theoretischen Grundlagen zur Entstehung des Konfliktes auf dem Balkan sowie zum dortigen Einsatz der Bundeswehr angeeignet. Daher setzte Michael Sauer direkt beim Einsatz der Bundeswehr an und erklärte - durch einen ergänzenden Bildvortrag besonders anschaulich -, wie zivil-militärische Zusammenarbeit in Bosnien und Herzegowina verläuft. Michael Sauer war 2004 selbst in Sarajevo eingesetzt. In dem Workshop wurde herausgearbeitet, was die Bundeswehr leisten kann und welche Aufgaben zivile Organisationen übernehmen müssen. So ging Herr Sauer auch auf organisierte Kriminalität und fehlende Zusammenarbeit zwischen den Ethnien ein. Er bezweifelte in diesem Zusammenhang den Erfolg finanzieller Sanktionen, die u.a. bei Verweigerung von gemeinsamem Unterricht für Kinder verschiedener Religionen Anwendung finden. Finanzielle Druckmaßnahmen verbleiben seiner Meinung nach wirkungslos, wenn eine Partei eine Schlüsselindustrie besitzt, in diesem Fall die Holzindustrie, mit deren Mitteln eine unabhängige Finanzierung möglich ist. In der Diskussion mit den Teilnehmern wurde auch auf den Vergleich zu dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan eingegangen. Dabei wurden sowohl militärische Unterschiede als auch Unterschiede in der Zivilbevölkerung diskutiert.

Als Fazit zogen die Teilnehmer, dass der Konflikt in Bosnien und Herzegowina durch das Zusammenspiel von militärischen und zivilen Maßnahmen beigelegt werden konnte. Dies lasse sich aber nicht als Erfolgskonzept werten, das beliebig auf andere Konflikte übertragbar ist. Für Bosnien und Herzegowina erwarten die Teilnehmer, gerade weil das Land einen EU-Beitritt anstrebt, eine positive Entwicklung - auch wenn bis dahin sicher noch zahlreiche Forderungen erfüllt werden müssen.

### **3 Podiumsdiskussion**

Während in den Workshoprunden am Vormittag prinzipiell die intensive fachliche Debatte im Vordergrund stand, diente die Podiumsdiskussion am Nachmittag vor allem der Information der interessierten Öffentlichkeit sowie der Verknüpfung wissenschaftlicher Expertise mit der politischen Praxis. Die von Professor Dr. Sebastian Harnisch, Inhaber der Professur für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Heidelberg, moderierte Podiumsdiskussion trug den Titel „Deutschlands Rolle in der Welt - Wunschvorstellung und Wirklichkeit“. Teilnehmer waren Professor Dr. Reinhard Bettzuege, Botschafter der Bundesrepublik Deutschlands beim Königreich Belgien, Dr. Peter Strutynski, Leiter der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung der Universität Kassel, Dr. Vilson Mirdita, Botschafter der Republik Kosovo in Deutschland sowie der Generalkommandant des Allied Land Component Command Heidelberg der NATO, Generalleutnant Roland Kather.

Das gleichzeitig stattfindende informelle Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Bratislava wurde vom Podium in Hinblick auf die Frage diskutiert, inwieweit die oft zitierte „Kultur der Zurückhaltung“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sich auch auf das Afghanistan-Engagement der Bundeswehr auswirkt. Die Gegenthese, das gestiegene deutsche Engagement in internationalen Krisensituationen zeige gerade einen gegensätzlichen Trend, führte direkt zu einer Kernfrage der aktuellen deutschen Außenpolitik: Spiegelt das gesteigerte Engagement der Bundesrepublik tatsächlich den Willen der Bevölkerung wieder oder wird in Fragen der internationalen Sicherheit, entsprechend der Forderungen der Bündnispartner in Brüssel und Washington, eigentlich am Wählerwillen vorbei regiert? Von besonderer Bedeutung ist eine solche Diskrepanz auch für das Selbstverständnis der Bundeswehr als Parlamentsarmee, denn gerade in Zeiten, in denen der Auslandseinsatz für alle Beteiligten mit hohen Risiken verbunden ist, müssen sich die Soldaten der Unterstützung ihrer eigenen Bevölkerung sicher sein können.

In einem weiteren thematischen Block wurde der Bogen zum Vormittag insofern geschlagen, dass militärische Intervention, als eine der verschiedenen Möglichkeiten, auf das Problem der schwachen Staatlichkeit zu reagieren, und der Stabilitätsexport als ihr Ziel, von den Diskutanten auf mögliche Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit hin evaluiert wurden. Dies wurde vor allem am Beispiel des Kosovo deutlich, dessen Entwicklung hin zu einem stabilen Nachbar der Europäischen Union zwar viele Kritiker durch ihre Geschwindigkeit überrascht hat, angesichts weiterhin bestehender - primär politischer Probleme - aber noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Die sich anschließende Frage, inwieweit die Europäische Union als „Zivilmacht“ überhaupt in der Lage ist, Staatlichkeit wiederherzustellen, wurde von den Diskutanten sehr unterschiedlich beantwortet. Während einerseits Uneinmütigkeit und Koordinationsschwierigkeiten auf Seiten der Bündnispartner als Ursache für Mikroengagement und mangelnde Effektivität gesehen wurden, wurde an anderer Stelle die Frage aufgeworfen, ob der Export von Stabilität und Demokratie nicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt sei und in vielen Fällen sogar kontraproduktiv wirke. Einig waren sich dann aber alle Diskussionsteilnehmer darin, dass militärische Operationen niemals ohne zivile Maßnahmen zum Erfolg führen können und letztere nur dann Stabilität und die Rückkehr von Staatlichkeit sichern, wenn sie sich von dem Vorwurf, bloße Anhängsel von Militäreinsätzen zu sein, befreien können.

Im Anschluss an die Diskussion auf dem Podium beteiligte sich auch das Publikum rege an der Debatte und erneut spiegelte sich der Einfluss der vorangegangenen Workshops auf die Erwartungen der Teilnehmer an die außenpolitischen Agendasetter und Entscheidungsträger wieder. So wurde unter anderem sowohl der Aspekt des staatlichen Eigeninteresses als Teil der Debatte um die „Responsibility to Protect“ als auch die Frage nach dem veränderten Bezugsrahmen und den Handlungsmöglichkeiten von Nationalstaaten in einer auch sicherheitspolitisch globalisierten Welt erneut aufgegriffen und im Hinblick auf Deutschlands Rolle in der Welt im Allgemeinen und in Bezug auf das Phänomen der schwachen Staatlichkeit im Besonderen diskutiert.